

Bürgersprechstunde der SPD-Landtagsabgeordneten Silvia Gosewinkel



Silvia Gosewinkel. Foto: Susie Knoll

Die Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel bietet eine Bürgersprechstunde am Dienstag, den 13. September 2022, vor ihrem Wahlkreisbüro in Kamen an.

Am kommenden Dienstag, den 13. September 2022 ab 15:30 Uhr, lädt die neue Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel zu einer Bürgersprechstunde vor ihrem Wahlkreisbüro in der Bahnhofstraße 13 in Kamen ein. Mit jeglichen Anliegen können die Bürgerinnen und Bürger vorbeikommen. „Als die Interessenvertreterin für den Wahlkreis 117 ist mir der persönliche Kontakt mit den Menschen sehr wichtig. Politik lebt von Fragen, Anregungen und Hinweisen. Deshalb freue ich mich sehr auf den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Sprechen Sie mich gerne an“, sagt Silvia Gosewinkel. Über ihre Bürgersprechstunden hinaus ist die SPD-Landtagsabgeordnete per Mail unter kontakt@silvia-gosewinkel.de

Schlichten statt richten: Schiedspersonen gesucht für Bergkamen-Mitte II und Heil

Die Schiedsperson des Schiedsamsbezirkes Bergkamen-Mitte II sowie stellvertretende Schiedsperson für den Bezirk Bergkamen-Mitte I, Herr Thomas Vogt, hat sein Amt als Schiedsmann niedergelegt. Aus diesem Grunde sucht die Stadt Bergkamen eine Nachfolgerin/einen Nachfolger.

Der Bezirk grenzt im Norden an den Stadtteil Heil. Im Osten wird der Bezirk begrenzt durch den Verlauf Augustweg, Heinrichstraße, Wilhelmstraße, Fichtestraße, Hegelstraße und Justus-Liebig-Straße. Im Süden grenzt der Bezirk an die Stadtgrenze zu Kamen, im Westen an die Töddinghauser Straße.

Die Schiedsperson des Schiedsamsbezirkes Bergkamen-Heil, Frau Ute Scheunemann, hat mitgeteilt, dass Sie nach Ablauf der Amtszeit im November 2022 sich nicht erneut als Schiedsperson wählen lassen wird. Auch hier sucht die Stadt Bergkamen eine Nachfolgerin/einen Nachfolger.

Die gesuchten Personen sollen im jeweiligen Schiedsamsbezirk wohnen und mindestens 30 Jahre alt sein und sollten das 70. Lebensjahr noch nicht überschritten haben. Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht.

Die außergerichtliche Streitschlichtung stellt die wesentliche Aufgabe der Schiedsperson dar. Die Schiedspersonen müssen keinerlei juristische Kenntnisse haben. Dafür aber sollten sie die Fähigkeit zum Zuhören und zur Unparteilichkeit mitbringen, ebenso wie das Bestreben, nachbarschaftliche Problemfälle sowie Privatklagedelikte, wie z. B. Hausfriedensbruch, Beleidigung, Bedrohung, Sachbeschädigung, einvernehmlich beizulegen.

Ziel der Streitschlichtung ist es, gemeinsam mit den Parteien eine tragfähige Lösung für die Beteiligten zu finden.

Wenn Sie sich vorstellen können, dieses Ehrenamt auszuüben, dann bewerben Sie sich mit einem kurzen Anschreiben sowie Ihrem Lebenslauf beim Amt für Recht und Vergabe, Abt. Recht, der Stadt Bergkamen, Rathausplatz 1, 59192 Bergkamen.

Sollten sich hierzu oder zu den Aufgaben einer Schiedsperson noch Fragen ergeben, steht Ihnen das Amt für Recht und Vergabe, Abt. Recht, der Stadt Bergkamen unter der Telefonnummer 02307/965-484, Ansprechperson Anita Umbescheidt, gerne für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Falls Sie den Wunsch haben, im Vorfeld mit einer bereits tätigen Schiedsperson über ihre Erfahrungen zu sprechen, ist das Amt für Recht und Vergabe, Abt. Recht, der Stadt Bergkamen gerne bereit, den Kontakt herzustellen.

Weitere Informationen zu diesem verantwortungsvollen und interessanten Ehrenamt finden Sie auf der Internetseite des Bundes Deutscher Schiedsmänner und Schiedsfrauen unter www.schiedsamt.de oder auf der Internetseite der Stadt Bergkamen, unter „Rat, Verwaltung, Stadtinformationen“ – Stichwort „Schiedspersonen“.

**Bündnis 90 / Die Grünen:
Neue/r Technische/r**

Beigeordnete/r sollte sich mit den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung bestens auskennen



Fraktionsvorsitzender
Thomas Grziwotz

Die Ratsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen macht sich für die Neubesetzung der seit dem 1. September vakanten Stelle eine Technischen Beigeordneten für die Stadt Bergkamen stark. Zu wichtig seien die Projekte wie Wasserstadt Aden, Internationale Gartenbauausstellung 2027 und das Stadtmittel-Projekt „Bergkamen mittendrin“. Fraktionsvorsitzender Thomas Grziwotz hält es aber auch für unabdingbar, dass die „Neue“ oder der „Neue“ sich mit den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung bestens auskennt.

Das bei sei für die Fraktion nicht das Parteibuch der künftigen Beigeordneten bzw. des Beigeordneten ausschlaggebend, sondern Kompetenz und inhaltlicher Ansatz. „Natürlich würden wir uns freuen, wenn es auch jüngere Bewerber*innen gibt, bei denen Klimaschutz und Klimaanpassung bereits im Studium einen höheren Stellenwert besaß als zu früheren Zeiten. Angesichts des überproportional hohen Versiegelungsgrads in Bergkamen müssen neue Instrumente her, um eine weitere Flächeninanspruchnahme und -versiegelung zu

vermeiden“, unterstrich Grziwotz.

Die Fraktion fordert deshalb, eine weitere Bebauung im Stadtgebiet stark zu begrenzen: „Statt neuer Gewerbeflächen und/oder Wohnbauflächen muss es um Modernisierung des Bestands gehen – ökologisch, klimagerecht und mit guter Lebensqualität“, erklärte Grziwotz. Optimal wäre es, wenn Bewerber*in über entsprechende Erfahrungen verfügen würde oder entsprechende Ideen mit nach Bergkamen bringen würde.

Bergkamen benötige eine „echte Stadtplanung“, bei der erkennbar sei, wie die Stadt in den nächsten Jahrzehnten aussehen könne. „Einhergehend sollte dies mit einer stärkeren Beteiligung der Bürger*innen, von Vereinen und Verbänden, der Wirtschaft und anderer Akteure“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende.

**CDU-Kreistagsfraktion
überzeugt: Kraftwerk Heil
wird weiter gebraucht**



Foto: Tim Stohlmann

Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion besichtigten am vergangenen Mittwoch das am Datteln-Hamm-Kanal gelegene STEAG-Kraftwerk in Bergkamen-Heil. Das 1981 erbaute Steinkohlekraftwerk hat eine installierte Leistung von 780 MW und eine nutzbare Stromabgabe von 3.520 GWh/a.

Kraftwerksleiter Peter Hubbertz empfing die Mitglieder der CDU-Fraktion, beantwortete Fragen und führte über das Kraftwerksgelände. Begleitet von Pressesprecher Daniel Mühlenfeld und Elektromeister Marcel Döring wurde die Steinkohleverstromung erläutert.

Die Anlage sollte ursprünglich Ende Oktober dieses Jahres heruntergefahren werden. Aufgrund der aktuellen politischen Lage durch den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Verwerfungen in der Energieversorgung ist ein Weiterbetrieb zunächst bis 2024 angezeigt.

„Wir von STEAG haben uns aufgrund dieser veränderten Rahmenbedingungen entschieden wieder Kraftwerker auszubilden“, so Kraftwerksleiter Hubbertz.

Das Kraftwerk gilt als systemrelevant, da es grundlastfähig ist und für die zwingend notwendige Netzstabilität sorgt.

„Das Stromnetz benötigt eine konstante Netzfrequenz von 50 Hertz, um Schwankungen und im schlimmsten Fall Stromausfälle zu vermeiden. Unsere Anlage sorgt für diese stabile Netzfrequenz und produziert Strom für umgerechnet 300.000 Haushalte“, erläutert Kraftwerksleiter Hubbertz.

„Gerade in der jetzigen Situation leistet das Kraftwerk Heil einen wichtigen Beitrag zur Energiesicherheit in der Region und ganz Deutschland“, verdeutlicht der CDU-Fraktionsvorsitzende, Marco Morten Pufke, die Bedeutung des Standortes. „Erneuerbare Energien sind gut und wichtig. Aber die Netzstabilität lässt sich nicht ohne weiteres aufrechterhalten, wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.“

Die Mitglieder der CDU-Kreistagsfraktion sind überzeugt: Das STEAG-Kraftwerk in Bergkamen-Heil wird weiter gebraucht.

**Bündnis 90 / Die Grünen:
Neue/r Technische/r
Beigeordnete/r sollte sich
mit den Themen Klimaschutz
und Klimaanpassung bestens**

auskennen



Fraktionsvorsitzender
Thomas Grziwotz

Die Ratsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen macht sich für die Neubesetzung der seit dem 1. September vakanten Stelle eines Technischen Beigeordneten für die Stadt Bergkamen stark. Zu wichtig seien die Projekte wie Wasserstadt Aden, Internationale Gartenbauausstellung 2027 und das Stadtmitte-Projekt „Bergkamen mittendrin“. Fraktionsvorsitzender Thomas Grziwotz hält es aber auch für unabdingbar, dass die „Neue“ oder der „Neue“ sich mit den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung bestens auskennt.

Das bei sei für die Fraktion nicht das Parteibuch der künftigen Beigeordneten bzw. des Beigeordneten ausschlaggebend, sondern Kompetenz und inhaltlicher Ansatz. „Natürlich würden wir uns freuen, wenn es auch jüngere Bewerber*innen gibt, bei denen Klimaschutz und Klimaanpassung bereits im Studium einen höheren Stellenwert besaß als zu früheren Zeiten. Angesichts des überproportional hohen Versiegelungsgrads in Bergkamen müssen neue Instrumente her, um eine weitere Flächeninanspruchnahme und -versiegelung zu vermeiden“, unterstrich Grziwotz.

Die Fraktion fordert deshalb, eine weitere Bebauung im Stadtgebiet stark zu begrenzen: „Statt neuer Gewerbeflächen und/oder Wohnbauflächen muss es um Modernisierung des Bestands gehen – ökologisch, klimagerecht und mit guter

Lebensqualität“, erklärte Grziwotz. Optimal wäre es, wenn Bewerber*in über entsprechende Erfahrungen verfügen würde oder entsprechende Ideen mit nach Bergkamen bringen würde.

Bergkamen benötige eine „echte Stadtplanung“, bei der erkennbar sei, wie die Stadt in den nächsten Jahrzehnten aussehen könne. „Einhergehend sollte dies mit einer stärkeren Beteiligung der Bürger*innen, von Vereinen und Verbänden, der Wirtschaft und anderer Akteure“, unterstrich der Fraktionsvorsitzende.

Bergkamener SPD fordert ein Verkehrsgutachten für Weddinghofen

Die SPD-Fraktion und der SPD-Ortsverein Weddinghofen fordern gemeinsam ein Verkehrsgutachten für den Stadtteil Weddinghofen. Schon jetzt sei Weddinghofen durch Durchgangsverkehre stark belastet. In Zukunft könnte dies noch mehr werden, befürchten die Genossen.

In einer Erklärung von Fraktion und Ortsverein heißt es: „Bedingt durch seine Lage im Süden der Stadt Bergkamen und durch die Nähe zur BAB 2 ist der Ortsteil Weddinghofen täglich als vielbefahrene Achse durch ein- und auspendelnden Berufs-, Liefer- und Alltagsverkehre stark belastet. Bei Stauereignissen am nahegelegenen Kamener Kreuz wird diese Belastung, insbesondere auf den Hauptachsen, Schulstraße und Buckenstraße, nochmal erhöht.“

Durch den Bau der L821n und den damit verbundenen Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehre im Bereich der Schulstraße soll

dem bereits Rechnung getragen werden. „Diese solitäre Maßnahme allein wird jedoch dauerhaft nicht zu einer zufriedenstellenden Situation für die belasteten Anwohnerinnen und Anwohner in Weddinghofen führen. In vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern an der AnsprechBar wird immer wieder auf die Verkehrssituation in Weddinghofen hingewiesen. Durch die Neugestaltung des gesamten Areals im Bereich des Freizeitentrums am Häupenweg, Badegäste des neuen Bades, Nutzerinnen und Nutzer der sanierten und einzigen in der Region verbliebenen Eishalle und Besucher des Monkey Islands wird es zu weiteren erheblich Verkehren in und aus den Stadtteil Weddinghofen kommen. Die bereits heute vielfach überlasteten Straßen, insbesondere im Kreuzungsbereich Buckenstraße/Lünener Straße werden hierdurch nochmal mehr Verkehren ausgesetzt, wozu sie vielfach schlicht nicht in der Lage sind. Gemeinsam haben die SPD-Ratsfraktion Bergkamen und der SPD Ortsverein Weddinghofen-Heil nun einen Antrag erarbeitet, der von der Verwaltung drei Punkte verlangt:

1. ein Verkehrskonzept, ggf. durch bzw. mit Unterstützung eines externen Gutachters, für den gesamten Stadtteil Weddinghofen zu erstellen.
2. Das Ergebnis rechtzeitig zur Eröffnung des neu gestalteten Freizeitentrums Häupenweg zur weiteren Beratung und Entscheidung in die zuständigen politischen Gremien zurück zu spiegeln.
3. Sich kurzfristig bei Straßen.NRW erneut für eine Verbesserung der Ampelschaltung und Entlastung der Buckenstraße / Kreuzung Lünener Straße einzusetzen.

Die Verkehrssituation ist eine der drängendsten Fragestellungen im Stadtteil Weddinghofen und muss daher grundlegend überprüft und neu geordnet werden. Ein fachliches Gutachten als Grundlage und Lösungsfindung wäre daher der erste Schritt, dieses große Anliegen der Bergkamener Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu lösen“, erklären die SPD-

Fraktion Bergkamen und der SPD-Ortsverein Weddinghofen in einer gemeinsamen Pressemitteilung.

Der Energiekrise zum Trotz: Der Bergkamener Lichtermarkt soll am 28. Oktober stattfinden



Der Verwaltungsvorstand will, dass es am 28. Oktober wieder einen Lichtermarkt in Bergkamen geben – trotz der Energiesparverordnung des Bundeswirtschaftsministers Robert Harbeck. An die wolle sich die Stadt halten, erklärte Bürgermeister Bernd Schäfer am Donnerstag im Stadtentwicklungsausschuss. Allerdings seien die Planungen durch das Stadtmarketing sehr weit fortgeschritten. Außerdem sei der Stromverbrauch durch Lichtermarkt relativ gering. Er entspreche dem Halbjahresverbrauch einer durchschnittlichen vierköpfigen Familie. Schäfer: „Wir haben eine Gaskrise und keine Stromkrise.“

Der Bürgermeister hatte das Thema „Lichtermarkt“ angesprochen, weil er sich ein Meinungsbild aus der Politik machen wollte. Davon hatte vorher CDU-Fraktionschef Thomas Heinzl erfahren und eine Blitzumfrage bei seinen Fraktionskolleginnen und -kollegen gestartet. Das Ergebnis: Eine Mehrheit in der Fraktion sprach sich für eine Absage des Lichtermarkts aus.

Die anderen Fraktionen hatten bis Donnerstag noch kein festes Meinungsbild erstellt. Doch aus den Beiträgen deren Vertreter war deutlich zu erkennen, dass sie trotz des Energiesparwillens ähnlich entscheiden würden. Das gilt auch für Harbecks Parteikollegen Thomas Grziwotz, den Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / Die Grünen.

Ein wesentliches Argument war, dass Bergkamen pandemiebedingt, bereits drei Hafenfeste und zwei Lichtermärkte absagen musste. Jetzt sollten die Bergkamener Bürgerinnen und Bürger wieder Spaß haben an dem Lichterspektakel auf dem Stadtmarkt, hieß es übereinstimmend. Dabei verwies Monika Wernau (SPD) darauf, dass in den Nachbarstädten Großveranstaltungen wie die SimJü in Werne oder das Stadtfest in Unna stattfinden sollen.

Verhindern könnte den Lichtermarkt in Bergkamen allenfalls noch, wenn sich die Corona-Lage dramatisch verschlimmern sollte und das Land mit einer neuen Coronaschutzverordnungen Großveranstaltungen im Freien verbietet.

IG BAU fordert mehr Klima-Sanierungen an öffentlichen Gebäuden im Kreis Unna



Zum Fenster rausheizen? Gebäude mit einer schlechten Energiebilanz sorgen nicht nur für höhere Heizkosten, sondern schaden auch dem Klima. Der Staat soll mit gutem „Energiespar-Beispiel“ vorgehen und öffentliche Gebäude mit Hochdruck energetisch sanieren, fordert die IG BAU. Foto: IG BAU | Tobias Seifert

Klima-Check für Rathaus, Polizei, Schule & Co.: Öffentliche Gebäude im Kreis Unna, die eine schlechte CO₂-Bilanz haben, sollen mit Hochdruck energetisch saniert werden. Dafür spricht sich die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU)

aus. „In Zeiten extremer Gaspreise kommt es darauf an, dass auch der Staat die Umweltbilanz seiner eigenen Bauten unter die Lupe nimmt. Wir brauchen eine faire und gründliche Bestandsaufnahme, wie viel Energie die öffentlichen Gebäude im Kreis Unna verbrauchen. Dort, wo am meisten verschleudert wird, muss die Sanierung Priorität haben“, sagt Friedhelm Kreft, Bezirksvorsitzender der IG BAU Westfalen Mitte-Süd.

Neue Fenster einzubauen, Fassaden zu dämmen und Dächer neu einzudecken – all das spare langfristig viel Geld. Gleichzeitig seien energieeffiziente Umbauten ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel. „Kommunal- und Landespolitik sollten diese Zukunftsinvestitionen vorantreiben. Es geht darum, dass der Staat seine energiepolitischen Hausaufgaben macht – und beim Thema Sanieren mit gutem Beispiel vorangeht“, betont Kreft.

Vom Finanzamt bis zum Feuerwehrhaus: Es sei ein wichtiges Signal, sich darum zu kümmern, dass öffentliche Gebäude im Kreis Unna nicht zu den Schlusslichtern in puncto Energiebilanz zählen. Verwaltungsgebäude oder Sportstätten gehörten oft den schlechtesten Effizienzklassen – G oder H – an. Das bedeutet, dass sie jährlich mehr als 200 Kilowattstunden Energie pro Quadratmeter verbrauchen. Zum Vergleich: In der Effizienzklasse A, wie er beim Neubau üblich ist, liegt der Jahresenergieverbrauch bei 30 bis 50 Kilowattstunden.

Nach Angaben der Deutschen Energie-Agentur (dena) belaufen sich die Energiekosten öffentlicher Gebäude bundesweit auf sechs Milliarden Euro pro Jahr – davon müssen allein die Kommunen 3,8 Milliarden Euro tragen. Die stark gestiegenen Preise im Zuge des Ukraine-Kriegs sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Die IG BAU verweist auf Pläne der EU-Kommission. Danach sollen öffentliche Gebäude bis zum Jahr 2027 europaweit mindestens auf die Effizienzklasse F gebracht werden, bis 2030 dann

mindestens auf die Klasse E. Das Klimaschutzpaket „Fit for 55“ sieht vor, den gesamten Gebäudesektor bis zum 2050 klimaneutral zu machen. In Deutschland verursacht der Betrieb von Gebäuden derzeit 35 Prozent des Endenergieverbrauchs, so das Umweltbundesamt.

Die Klima-Ziele ließen sich aber nur erreichen, wenn neben den privaten Hausbesitzern und Vermietern auch die öffentliche Hand deutlich mehr als bislang investiere, ist sich Kreft sicher. Das Klima-Sofortprogramm von Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) sei dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Danach soll noch in der zweiten Jahreshälfte ein Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen starten, um die Sanierungszahlen bei öffentlichen Bauten deutlich zu erhöhen. Dabei müssten zügig konkrete Maßnahmen vereinbart werden, so Kreft. Auch der Plan von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), die „Behörden-Temperatur“ ab dem Herbst nur noch auf höchstens 19 Grad hochzufahren, nutze dem Klimaschutz und dem staatlichen Geldbeutel. „Jetzt ist es wichtig, dass die Politik die nötigen Mittel für die Sanierungen bereitstellt. Viel Zeit bleibt nicht. Dürre, Stürme und Starkregen zeigen schon heute, was passiert, wenn der Klimawandel nicht gestoppt wird.“

**Bergkamener Stephan Wehmeier
erneut stellvertretender
Landesvorsitzender der OMV**

NRW



OMV NRW Landesvorstand, von links nach rechts: Maximilian Lietz, Heinrich Zertik, Katharina Lackmann, Heiko Hendriks, Sarah Beckhoff, Rüdiger Scholz MdL, Stephan Wehmeier. (Foto: OMV NRW).

Mit sechs Delegierten war der OMV Kreisverband Unna am vergangenen Samstag, 27. August 2022, bei der Landestagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU NRW in Düsseldorf vollzählig vertreten. In der Landeshauptstadt wurde Heiko Hendriks aus Mülheim an der Ruhr mit einem hervorragenden Ergebnis zum Landesvorsitzenden wiedergewählt.

Stephan Wehmeier aus Bergkamen führte die Delegierten als Tagungspräsident durch das Programm der Veranstaltung, das

neben den turnusgemäßen Vorstandswahlen auch einen Ausblick auf die Arbeit der neuen CDU-geführten Landesregierung aus Sicht der Vertriebenen umfasste. Wehmeier, der dem geschäftsführenden Landesvorstand bereits in der zurückliegenden Amtsperiode als stellvertretender Landesvorsitzender angehörte, wurde bei der Tagung am Wochenende mit dem besten Ergebnis der fünf Stellvertreter wiedergewählt. Darüber hinaus wurde auch Prof. Dr. Jürgen Vollradt aus Unna im Amt bestätigt, der den Vorstand mit seiner langjährigen Erfahrung und besonderen Expertise zur Geschichte der Landesstelle Unna-Massen als Beisitzer unterstützt.

Es freut mich sehr, dass die Delegierten eine schlagkräftige Führungsmannschaft mit einer guten Mischung aus Erfahrenen und Nachwuchskräften zusammengestellt und damit eine vielversprechende Grundlage für die wichtige politische Arbeit der OMV in den nächsten Jahren gelegt haben," fasste Wehmeier seine Eindrücke von der Landestagung zusammen.

Die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV) unterstützt die Union in ihrer Arbeit für die Vertriebenen und gibt den Vertriebenen, Aussiedlern, Spätaussiedlern sowie deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa eine Stimme innerhalb und außerhalb der CDU. Damit ist die OMV Partner von Vertriebenenverbänden, Landsmannschaften und Verbänden der deutschen Volksgruppen in den Heimatgebieten.

DIE LINKE: Aus dem Gelände der Jahnschule soll einmal ein Park mit einem grünen

Dorfplatz werden

Dass die Einheit Oberaden der Freiwilligen Feuerwehr ein neues Feuerwehrgerätehaus benötigt, steht für Fraktion DIE LINKE außer Frage. „So ist den Feuerwehrfrauen und -männern unsere Anerkennung und unsere Unterstützung für ihre unermüdlich ehrenamtliche Arbeit im Stadtgebiet und auch darüber hinaus stets sicher. Doch was den vorgestellten Standort des neuen Feuerwehrgerätehauses in Oberaden angeht, haben wir arge Bauchschmerzen“, erklärt die Fraktion.

Weiter heißt es in der aktuellen Pressemitteilung: „Vor mehr als drei Jahren hat der Rat der Stadt Bergkamen – mit Stimmenmehrheit von SPD, Grüne und BergAUF – den Klimanotstand ausgerufen, womit sich die Stadt dazu verpflichtet hat, alle Handlungen und Beschlüsse auf deren Klimaschädlichkeit zu überprüfen und ggf. Alternativen zu suchen. Dies bekommt insbesondere in Zeiten, in denen Europa mit der schlimmsten Dürre seit 500 Jahren kämpft oder die Volksrepublik China Chemikalien in die Wolken schießt um die Regen zu erzeugen, entsprechende Bedeutung.

Ob man es sich dann, auch mit Blick auf das „Jahrhundert-Hochwasser“ im Ortsteil Oberaden im vergangenen Jahr, jedoch erlauben kann, neben der Umgehungsstraße L821n mit ca. 24.000m² und dem Wohngebiet „Erdbeerfeld“ mit über 41.000m² nun weitere 12.000m² im Ortsteil zu versiegeln, ist dabei eine nicht ganz unerhebliche Fragestellung.

Wir haben mit „Jahnschule + X“ eine ganz konkrete Vorstellung: Mit der perspektivischen Entsiegelung der Jahnschule mit knapp 5.800m² und der Schaffung einer Parkanlage als grünen Dorfplatz in Verbindung zur Kleingartenanlage in direkter Nachbarschaft, könnte man neben der wichtigen Entsiegelung zudem eine wichtige Aufenthaltsqualität für die Bürger:innen schaffen.“

AWO macht Druck: „Sprach-Kitas retten“!



Fachgespräch zum Thema Sprach-Kitas mit Oliver Kaczmarek im Heinrich-Martin-Heim in Bergkamen.

Bergkamen. Eine böse Überraschung erlebten die Kindertagesstätten Anfang Juli, als das Bundesfamilienministerium überraschend erklärte, dass im Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 keine Finanzmittel für die Fortsetzung des erfolgreichen Bundesförderprogramms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ eingeplant sind. Betroffen in Bergkamen wären davon sieben SprachKitas.

Am vergangenen Freitag lud der SPD Bundestagsabgeordnete Oliver Kaczmarek daher betroffene Akteur*innen aus seinem Wahlkreis ins AWO-Kulturzentrum Heinrich-Martin-Heim in Bergkamen ein, um die Konsequenzen aus dieser Ankündigung zu

diskutieren und mögliche Optionen aufzuzeigen. Dabei bekräftigte er, dass er sich für eine Fortführung des Programms einsetzen werde: „Ich erwarte, dass die Bundesfamilienministerin zusammen mit den Familienministerinnen der Länder sehr zügig eine Lösung herbeiführt, damit die Sprachförderung in den Kitas im unveränderten Umfang weitergeführt werden kann. Wir in der SPD-Bundestagsfraktion werden dafür kämpfen, dass das gelingt.“

Geschäftsführer der AWO Ruhr-Lippe-Ems (RLE) und Fachsprecher Kindertagesbetreuung der AG Wohlfahrt im Kreis Unna, Rainer Goepfert, nimmt Kaczmarek beim Wort und spitzt das Thema zu: „Im Koalitionsvertrag war ganz klar von Verstetigung des Programms die Rede. Die Ankündigung der Familienministerin ist schlichtweg ein Wortbruch.“ Für die 31 Sprachfachkräfte, die allein die AWO Ruhr-Lippe-Ems beschäftigt, und die vielen betroffenen Familien fordert er eine schnelle Zusage zur Weiterfinanzierung.

„Das Bundesprogramm Sprach-Kitas sorgt tagtäglich durch zusätzliche Mittel und Fachpersonal für eine bessere Qualität der Sprachbildung, Integration und Inklusion von Kindern. In der aktuellen Situation, in der sich Einrichtungen der frühkindlichen Bildung mit Fachkräftemangel, Corona-Pandemie und der zusätzlichen Betreuung von Kindern und Familien aus der Ukraine auseinandersetzen müssen, wäre der Wegfall der Sprach-Kitas ein enormer Verlust mit langfristigen, nicht absehbaren Folgen“, betonte Göpfert.

Im Sinne der Teilhabe und Chancengleichheit hob die Sprecherin der AG Wohlfahrt im Kreis Unna, Dorothee Schackmann hervor, dass die Politik mit dieser Entscheidung eine Lücke hervorrufe, die auf dem weiteren Bildungsweg der Kinder nicht mehr geschlossen werden könne.

Auch die SPD Landtagsabgeordnete Silvia Gosewinkel betonte, dass alle Kinder und Eltern einer Sprach-Kita von den auf

Sprachförderung spezialisierten Erzieherinnen und Erziehern profitieren. Den drohenden Wegfall der Stellen ein halbes Jahr vor dem Auslauf des Programms könne sie nicht nachvollziehen. Damit traf sie genau den Nerv der anwesenden Kita-Leitungen und Sprachkräfte verschiedener Kita-Träger aus dem Kreis, die sich um die Weiterbeschäftigung ihrer Kolleg*innen und die Verwässerung wichtiger Förderstrukturen für benachteiligte Kinder große Sorgen machen.

Am Ende der Veranstaltung stand die einhellige Meinung, dass es kein Ende der SprachKitas geben darf und man von den zuständigen Ministerien von Bund und Ländern eine zügige Lösung erwartet. In diesem Zusammenhang wurde dringend auf die Petition 137016 an den Deutschen Bundestag hingewiesen, die Unterschriften zum Erhalt der Sprach-Kitas sammelt. Diese kann auf der Homepage des Bundestages auch online gezeichnet werden.